

„Sollen sie doch nach Pakistan gehen“

Der lange Schatten der Vergangenheit und die Situation der indischen Muslime heute

Fabian Falter

Spätestens seit der Niederlage im Krieg von 1971 und der Abspaltung Bangladeschs ist der Anspruch der Gründungsväter Pakistans, alle Muslime Südasiens zu repräsentieren, obsolet. Dennoch ist Pakistan im Leben der Muslime in der Republik Indien ständig präsent – als Vorwurf und Ausgrenzungsnarrativ: muslimisch geprägte Stadtviertel werden von Medien und anderen Meinungsmachern gerne mal als *little Pakistan* abgestempelt und Muslime, die sich in irgendeiner Form unzufrieden mit gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen Realitäten zeigen, werden aufgefordert, doch hinzugehen „wo sie hingehören“.

Indien ist von der Anzahl der Gläubigen her das drittgrößte islamische Land der Welt – hinter Indonesien und Pakistan und etwa gleichauf mit Bangladesch. Dass dies in der öffentlichen Wahrnehmung gerne vergessen wird, liegt an der Lage in der Peripherie gemessen am Kerngebiet sowie an unserem Verständnis von Mehrheit und Minderheit: In Indien sind Muslime weit in der Minderheit.

Mehrheit-Minderheit als identitätsstiftendes Moment

Was ist eine Minderheit im indischen Kontext? Auf den ersten Blick ist das ziemlich eindeutig, wenn man sich die Religionsverteilung anschaut: 80 Prozent der Bevölkerung sind Hindus, der Rest also Minderheiten. Ähnlich sieht es ethnisch oder linguistisch aus: die Indoarier der Gangesebene mit ihrer gleichnamigen Sprachfamilie sind die Mehrheit, Adivasi, drawidische Ethnien im Süden oder tibetoburmesische Ethnien im Nordosten die Minderheiten. So sieht es auch die derzeitige Zentralregierung und leitet daraus ihren Machtanspruch ab – die Minderheiten sollen sich der Mehrheit unterordnen. In der Realität ist das Bild weitaus komplexer –

sonst wären wir ja auch alle arbeitslos. Ein Hindu aus einem Dorf in Uttar Pradesh hat vermutlich weit mehr Gemeinsamkeiten mit seinem muslimischen Nachbarn als mit einem Hindu in Tamil Nadu. Muslime machen gesamtindisch etwa 15 Prozent der Bevölkerung aus, sind aber in Jammu und Kashmir oder in manchen Distrikten in Uttar Pradesh, Kerala, West Bengalen oder Assam in der Mehrheit. Und natürlich ist die Gesellschaft so ausdifferenziert, dass man nur schwerlich überhaupt von Mehrheit und Minderheit sprechen kann. Axel Michaels bringt in seinem Buch *Der Hinduismus* (1998) den Vorwurf an die alten Orientalisten vor, den Hinduismus konstruiert zu haben: Wer von Hinduismus als einer Religion spricht, müsse auch Judentum, Christentum und Islam als abrahamitische Religion zusammenfassen. Alle Religionsgemeinschaften bestehen aus unterschiedlichen Strömungen, die sich nicht nur theologisch beziehungsweise konfessionell, sondern auch regional, sprachlich und/oder ethnisch voneinander abgrenzen. Diese Unterscheidungen gelten teilweise auch innerhalb der Strömungen: Schiiten in Westbengalen sprechen vornehmlich Bengali, in Kargil (Jammu und Kashmir) Urdu

und in Gujarat Gujarati. Ich verstehe unter Minderheit in erster Linie eine Form der sozialen Ausgrenzung. In diesem Sinn sind zum Beispiel Frauen eine ökonomische Minderheit, obwohl sie die Hälfte der Bevölkerung ausmachen. Besonders prekär ist die Situation für Menschen oder Gesellschaftsgruppen, die mehrere Minderheiten kombinieren: zum Beispiel Frau und Dalit/Adivasi/Muslimin und keine Hindi- oder Englisch-Sprecherin – ergibt eine dreifache Minderheitenerfahrungen.

Der Staat und die Minderheiten-Angelegenheiten

Das Begriffspaar Mehrheit-Minderheiten konstruiert Identitäten und ist deshalb von großer Bedeutung im politischen System Indiens. Zum einen gilt dies in Bezug auf die sogenannten *vote banks*, also die Vorstellung, dass die Wählerschaft in Gruppen einteilbar ist – zum Beispiel nach Religion – und als Gruppe überwiegend für eine bestimmte Partei stimmt. Die Parteien versuchen also Persönlichkeiten aus einer Gruppe als Multiplikatoren einzusetzen oder bestimmte Wahlversprechen an eine Gruppe zu machen, die möglicherweise im Gegensatz zu Wahlversprechen an eine

andere Gruppe stehen. Zweitens leitet die *Bharatiya Janata Party* (BJP) aus ihrem Verständnis, die Mehrheit zu repräsentieren, ihren Machtanspruch ab. Drittens wohnt dem Begriff Minderheit eine gewisse Rückständigkeit inne. Dies zeigen auch das Selbstverständnis und die Aufgaben des 2006 als eigenes Ministerium eingeführte *Ministry of Minority Affairs*, welches auf der 1992 gegründeten *National Commission for Minorities* (NCM) basiert. Die einzelnen Bundesstaaten haben dann noch eigene *Departments* für Minderheiten. Die Verfassung enthält besondere Abschnitte für religiöse und sprachliche Minderheiten, vor allem in Bezug auf die Errichtung eigener Bildungseinrichtungen (Art. 30). Muslime, Christen, Buddhisten, Sikhs, Parsis und Jainas werden als offizielle Minderheiten anerkannt – also eine Beschränkung auf religiöse Minderheiten. Das *Ministry of Minority Affairs* beginnt seinen Internetauftritt mit einem Zitat von Gandhi: “*A civilization can be judged by the way it treats its minorities!*“ Also die Mehrheit, die Hindus, ist zivilisiert, die Minderheiten fallen demgegenüber ab. Die Aufgabe des Ministeriums besteht darin “*to facilitate an equitable share for minority communities in education, employment, economic activities and to ensure their upliftment*“. Dies geschieht über verschiedene Programme, die eine Ergänzung zu den Reservierungen für *Other Backward Classes*, *Scheduled Tribes* und *Scheduled Castes* darstellen; beispielsweise Stipendienprogramme oder Kulturerhaltungsprogramme. In der Tat sind Muslime seit der Unabhängigkeit in Bereichen wie der Polizei, dem Militär, im öffentlichen Dienst oder an Universitäten unterrepräsentiert. Aber dies hat wohl kaum mit ihrer fehlenden Zivilisation zu tun als vielmehr mit politischem Kalkül. Im Folgenden möchte ich auf ein paar aktuelle Themen und Ereignisse eingehen, die den Status der Muslime in Indien und ihr Verhältnis zur derzeitigen Zentralregierung verdeutlichen – zum Beispiel *beef ban*, *love jihad*, *Hindu-Exodus* und *ghar wapsi*.

Der Staat und das Essen

Die Debatte um den *beef ban* ist das schillerndste Beispiel und dreht sich unter anderem um die Frage, ob sich der – sich selbst als säkular bezeichnende – Staat in die Ernährung und religiösen Ernährungsvorschriften seiner Bürger einmischen darf. Worum geht es beim *beef ban*? Eine solch heterogene und in vielerlei Hinsicht religiös oder spirituell geprägte Gesellschaft wie die indische ist sicherlich in der Lage, auf Vorschriften oder Traditionen einzelner Religionsgemeinschaften einzugehen und diese zu respektieren: Sikhs dürfen ihren *kirpan* (Dolch) überall tragen, selbst im Flugzeug; orthodoxen Jainas – die der *digambara*-Richtung (Luftumhüllten) – ist es auch in aller Öffentlichkeit gestattet, keine Kleidung zu tragen. Und so verhält es sich in der Regel auch mit Ernährungsfragen. Vegetarische und nicht-vegetarische Gerichte und Nahrungsmittel wurden schon als solche deklariert, lange bevor in Europa ein Bewusstsein dafür entstand. Muslime und höherkastige Hindus essen kein Schweinefleisch, Christen, Dalits, Adivasi und Touristen aber unter Umständen schon und können dies auch tun, wenngleich das Angebot der eher geringen Nachfrage angepasst ist. Selbst Schuld, wer seinen Körper damit verunreinigt. Hindus essen kein Rindfleisch, also haben sich Vertreter anderer Religionsgemeinschaften mit Fleisch von Wasserbüffeln begnügt, das meist günstiger ist als Hühnerfleisch. Doch auch dies ist in letzter Zeit nicht mehr uneingeschränkt möglich beziehungsweise gefährlich, denn die Kuh eignet sich wunderbar zur politischen Agitation.

Mutter Kuh (*gau mata*) genießt besonderen Schutz (vergleiche Hanns Wienold und Gabriele Reifenrath in SÜDASIEN 02/2015). Die heutige Debatte um Kuhschutz geht aus vordergründig moralischen beziehungsweise ökonomischen, aber grundlegend politischen Gründen auf

Dayananda Saraswatis Schriften und die Hindu-Reformbewegungen des späten 19. Jahrhunderts zurück. Damals wurde das Potenzial der Kuh als politisches Instrument erkannt. Der Kuhschutz richtete sich gegen die Kolonialherren, später auch allgemeiner gegen ausländische Religionsgemeinschaften, und die politische Unterdrückung einer weiteren weiblichen Gottheit, *bharat mata*, der indischen Nation. Der Kuhschutz wurde zum politischen Instrument und zum Symbol des modernen Hinduismus. Als solcher fand er Eingang in die Verfassung. In Artikel 48 gibt der Staat den Schutz von und ein Schlachtverbot für Rinder und ihre Nachkommen als Richtlinie vor. Es ist aber kein einklagbares Grundrecht, und die diesbezügliche Gesetzgebung obliegt den einzelnen Bundesstaaten.

Bis auf Arunachal Pradesh, Kerala, Meghalaya, Mizoram, Nagaland, Sikkim, Tripura und Westbengalen, hier bilden religiöse Minderheiten oder linksgerichtete Bewegungen einen großen Teil der Bevölkerung, haben alle Bundesstaaten zumindest ein Schlachtverbot für Kühe eingeführt. Andere Regularien variieren. Die nun als *beef ban* bezeichneten Maßnahmen aus dem Frühjahr 2015 sind Verschärfungen der bisherigen Bestimmungen und Strafen und betreffen eigentlich nur den Bundesstaat Maharashtra. Dort wurden das Schlachtverbot auf alle Verwandten der Kuh ausgedehnt und drakonische Strafen eingeführt: Sechs Monate bis fünf Jahre Haft und einer Geldstrafe von bis zu 10.000 INR für Schlachtung sowie den Besitz und Import von Fleisch. Die Gesetzgebung sieht auch vor, dass Polizisten ihnen verdächtige Personen und Grundstücke ohne Durchsuchungsbefehl überprüfen dürfen. Die Beweispflicht liegt beim Verdächtigen. Es ist leicht nachvollziehbar, dass diese Gesetzgebung gegen bestimmte Bevölkerungsgruppen nach Belieben eingesetzt wird. Büffelfleisch ist günstiger als Hühnchen oder Fisch und



Bild: Morparia
<https://twitter.com/hemantmorparia>

daher in Maharashtra vor allem bei Muslimen und Dalits beliebt.

Was sind die Auswirkungen? Auf einmal scheinen sich auch die Regierungen anderer Bundesstaaten auf ihre Gesetzgebungen zu besinnen und diese strikter durchzusetzen. Andere Aufgaben, mit denen sich die Polizei normalerweise beschäftigt, bleiben da schon mal auf der Strecke. Argumente – die Produktivität in der Landwirtschaft könnte gesteigert, Bauern geschützt werden, in Trockenzeiten ältere Tiere zu Billigpreisen verkauft werden – setzen sich nicht durch. Die betreffenden Tiere lässt man verhungern. Stattdessen steigt der Argwohn in der Gesellschaft und besonders gegenüber Muslimen, die aus wirtschaftlichen und religiösen Gründen seit Jahrhunderten, und nicht nur in Indien, die Aufgabe des Tierschlachtens übernehmen; nicht nur von Rindern, sondern auch von Hühnern. Anfang Mai diesen Jahres hat der *Mumbai High Court* das Gesetz teilweise gekippt und den Besitz und damit auch den Verzehr von Büffelfleisch wieder legalisiert, wenn es aus einem anderen Bundesstaat importiert wurde, in dem das Schlachten nicht verboten ist. Das Risiko bleibt jedoch. Der Muslim Mohammad Akhlaq Saifi, dessen Fami-

lie im Dorf Dadri, nahe Delhi, in Uttar Pradesh (UP) seit 70 Jahren gelebt haben soll, wurde im September 2015 von einem Mob gelyncht, sein Sohn schwer verletzt. Sie waren beschuldigt worden, an *Bakr-Eid* (dem islamischen Opferfest) Rindfleisch konsumiert zu haben; was nach der Gesetzgebung nicht verboten ist. So wurde bald vermutet, der Vorfall sei gezielt organisiert worden, um Muslime zu verängstigen und Hass zu schüren. Alle verhafteten Personen wurden

wieder freigelassen, und die Familie gab sich nach einem Treffen mit dem Ministerpräsidenten von UP mit einer Kompensation zufrieden und zog aus dem Dorf weg.

Love Jihad und Hindu-Exodus

Bleiben wir im Bundesstaat Uttar Pradesh. In Muzaffarnagar, im Westen des Bundesstaates, kam es vor den *Lok-Sabha*-Wahlen 2014 zu Ausschreitungen, bei denen etwa 80 Menschen starben, vornehmlich Muslime. Entzündet hatte sich der Konflikt durch ein vermutlich gefälschtes Video: Es zeigt, wie Muslime zwei Männer verprügeln, gepaart mit dem Vorwurf, Muslime führen einen *Love Jihad* gegen Hindus. Attraktive muslimische Männer würden junge Hindu-Frauen verführen, um sie entweder zu vergewaltigen und anschließend zu konvertieren und zu heiraten oder erst zu konvertieren und zu heiraten und dann zu unterdrücken. Der Vorwurf der Polygamie schwingt hier mit, die in Indien für Muslime erlaubt ist. Weit verbreitet ist die Stereotype *Ham do hamare do, ve panch uske pacchis*: wir beiden Hindu-Eheleute und unsere beiden Kinder, diese fünf Muslime (Ehemann mit vier Frauen) und ihre 25 Kinder. Wenn die Muslime nun auch noch gezielt Hindu-Frauen kon-

vertieren, ist aus Sicht der Hindu-Nationalisten der Fortbestand der Hindus ernsthaft in Gefahr. BJP-Politiker forderten also sogleich, eine gute Hindu-Frau sollte sich wieder vermehrt dem Haushalt widmen, anstatt westlichen Karrieremaßstäben nachzuhängen, und mindestens vier Kinder bekommen. Ein weiteres Schreckensszenario entwirft den Exodus von Hindus aus der Ortschaft Kairana, mehrheitlich von Muslimen bewohnt. Der *Lok-Sabha*-Abgeordnete der Region, Hukum Singh, ist Mitglied der BJP und wird mit den Ausschreitungen in Muzaffarnagar in Verbindung gebracht. Er hatte Anfang Juni 2016 eine Liste mit 346 Hindus präsentiert, die den Ort aus Angst vor muslimischen Gangs verlassen haben sollen. Zeitungsrecherchen ergaben, dass einige auf der Liste bereits lange zuvor gestorben waren, andere vor Jahrzehnten den Ort verlassen hatten, andere wegen der Ausbildung ihrer Kinder oder einer Arbeitsstelle migriert waren. In Uttar Pradesh wird 2017 gewählt.

Guter Muslim – schlechter Muslim

Solche Fälle nimmt der neue Gegenspieler der BJP, der *All India Majlis-e-Ittehadul Muslimeen* (MIM, *All India Council of the Union of Muslims*) gerne auf. Die Partei besteht zwar seit 1924, war aber lange auf den Bundesstaat Andhra Pradesh beschränkt. In den letzten Jahren drängen jedoch vor allem die beiden Brüder Akbaruddin und Asaduddin Owaisi vermehrt auf die nationale Bühne, um die MIM als Repräsentanz der Muslime in Indien zu etablieren. Ihrer Meinung nach vertritt der *Indian National Congress* die Belange der Muslime nicht ausreichend. Jede Provokation der BJP scheint recht, um an die Öffentlichkeit zu treten. Ob dieses Verhalten und die einhergehende Spaltung der Gesellschaft den Muslimen nützt oder schadet, ist noch nicht abzusehen. Die derzeitige Zentralregierung hat ein dezidiertes Ver-

ständnis von einem guten Muslim, der sich den nationalistischen Zielen der BJP verschreibt und die Vorherrschaft der Hindus anerkennt. So die schiitische *Daudi-Bohra*-Gemeinschaft, deren Anhänger vor allem in Mumbai und Gujarat leben. Die Gemeinschaft ist straff organisiert mit einem Oberhaupt, dem *da'i al-mutlaq* an der Spitze und um ihre Geschäfte bemüht. Sie verfügt über exzellente Kontakte zu politischen Kreisen und verhält sich ansonsten unauffällig; also gute Muslime. Ein guter Muslim ist auch A.P.J. Abdul Kalam (1931-2015), der als wissenschaftlicher Berater des ersten BJP-Premierministers A.B. Vajpayee eine wichtige Rolle bei den Atombombentests von 1998 spielte und in Vajpayees Regierungszeit zum Präsidenten gewählt wurde. Als er 2015 starb, wurde, wie üblich bei eminenten Persönlichkeiten, eine Straße in Delhi nach ihm benannt. Diese Straße hieß zuvor *Aurangzeb Road*, benannt nach dem Moghul-Herrscher (17. Jahrhundert) und absoluten Hass-Objekt der Hindu-Nationalisten, die ihn als religiösen Fanatiker und Tempel-Zerstörer brandmarkten. Der schlechte Muslim wurde durch den guten ersetzt. Zum Umschreiben von Geschichtsbüchern, der Diskreditierung von muslimischen Schauspielern (Bollywood-Khans) und von Studenten als *anti-nationals* nun also auch der Städtebau als Mittel der Umgestaltung der Gesellschaft.

Nach Pakistan oder zurück nach Hause

Eine Asketin, Sathvi Prachi, fühlt sich auserkoren, muslimische Schauspieler und Intellektuelle aufzufordern, nach Pakistan auszuwandern, wenn sie mit der gesellschaftlichen Situation unzufrieden sind. Anfang Juni geriet ein Video in Umlauf, in dem sie sagt: „Nun da wir Indien von der Kongresspartei befreit haben, wird es Zeit, Indien von Muslimen zu befreien. Wir arbeiten daran.“ Prachi kandidierte in der Vergangenheit

für die BJP auf einen Parlamentssitz und ist nach eigenem Bekunden Mitglied des Hindu-Weltrats (*Vishwa Hindu Parishad*). Beide Institutionen distanzieren sich zwar umgehend von ihr, jedoch nicht zum ersten Mal. Einen Brandstifter vorzuschicken, der radikale Meinungen vertritt und sich anschließend von ihm zu distanzieren, ist ein nicht nur in Indien geläufiges Instrument. Prachi bewegt sich auf einer Linie mit der Partei *Shiv Sena* aus Maharashtra, die Muslime regelmäßig nach Pakistan schicken wollen, wenn ihnen die Hindu-Mehrheit nicht passe. Ideologisch ausgereifter ist hingegen die vom *Arya Samaj* eingesetzte Methode der sogenannten *ghar wapsi* (Rückkehr nach Hause). Im Hindu-nationalistischen Denken sind Muslime und Christen in Indien überwiegend konvertierte Hindus, die zeremoniell zurück nach Hause geholt werden; allerdings in den Status aus dem ihre Vorfahren Islam und Christentum damals mutmaßlich an-

genommen hatten, und das waren meist nicht die höheren *jatis* (Kasten).

Dass die BJP und die mit ihr verbundenen Organisationen lautstark versuchen, ihr Hinduismus-Verständnis in Abgrenzung zu den Minderheiten zu propagieren und auch vor massenwirksamen Provokationen nicht zurückschrecken, ist nicht neu. Seit die BJP jedoch mit der Macht der Zentralregierung ausgestattet ist, können Forderungen nach einer Hinduisierung viel wirksamer vorbringen. Vor allem die Selbstverständlichkeit, mit der etwa RSS-Funktionäre in der Öffentlichkeit auftreten und ihre bisweilen abstrusen Forderungen vorbringen, verängstigt die Minderheiten. So schrumpft der Raum, den Muslime als gleichberechtigte Bürger in der Gesellschaft einnehmen sollten.

Der Artikel basiert auf einem Impulsvortrag für das Indien NRO Forum am 24. Juni 2016 in Bonn.

Über den Autor



Fabian Falter ist Doktorand in der *Bonn International Graduate School – Oriental and Asian Studies* sowie Vorstandsmitglied des Südasienbüros e.V. und Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift.

Literatur

- Indian Express (07.06.2016): "It is time to make India free of Muslims, says Sathvi Prachi". In: <http://indianexpress.com/article/india/india-news-india/sathvi-prachi-make-india-muslim-free-2839903>, Zugriff 29.06.2016.
- Johari, Aarefa (2014): "Why Bohra Muslims are so enamoured of Narendra Modi." In: *Scroll.in*, <http://scroll.in/article/690304/why-bohra-muslims-are-so-enamoured-of-narendra-modi>, Zugriff: 29.06.2016.
- Mehra, Chapal (2015): "The who, what and where of Dadri". In: *The Hindu*, www.thehindu.com/opinion/open-page/dadri-lynching-incident-the-who-what-and-where-of-dadri/article7754192.ece, Zugriff: 29.06.2016.

- hindu.com/opinion/open-page/dadri-lynching-incident-the-who-what-and-where-of-dadri/article7754192.ece, Zugriff: 29.06.2016.
- Puniyani, Ram (2016): "Muzaffarnagar + Dadri + Kairana=Love Jihad+Beef+Hindu Exodus=Hard Communalism=Votes". In: *The Citizen*, www.thecitizen.in/index.php/NewsDetail/index/1/7968/Muzaffarnagar-Dadri--KairanaLove-JihadBeefHindu-ExodusHard-CommunalismVotes, Zugriff: 29.06.2016.
- Puniyani, Ram (Hg.)(2015): *Holy Cow – Indian Political Chessboard*. Delhi: Media House.
- Puniyani, Ram (Hg.)(2015): *Ghar Wapsi, Conversions and Freedom of Religion*. Delhi: Media House.
- Reifenrath, Gabriele (2015): Die Nation und die „heilige Kuh“ – Narendra Modis nationales Kuhschutzprogramm Rashtriya Gokul Mission. In: *Südasien* 35, 2, S. 25–28.
- Wienold, Hanns (2015): Fünf Gaben: Milch, Ghee, Joghurt, Urin und Dung – Rinderverehrung und Rinderhaltung in Indien. In: *Südasien* 35, 2, S. 15–22.